



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/100 - 30.4.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 089 890

Parteitag der Defensive

-tt- Der Versuch, aus dem Ablauf des 6. Bundesparteitages der CDU in Stuttgart ein Fazit zu ziehen, muss die organisatorischen und die eigentlich politischen Ergebnisse berücksichtigen.

Die - selbstverständliche - Wiederwahl Konrad Adenauers zum Parteivorsitzenden, diesmal gleich für zwei Jahre, hat ihm die Parteiführung belassen, allerdings mit der fast an östliche Verhältnisse erinnernden hohen Zahl von vier Stellvertretern. Adenauer machte in Stuttgart zwar noch den Versuch, diesen Tatbestand zu bagatellisieren. Aber der demonstrative Beifall der "Düsseldorfer Sieger" in der offenen Feldschlacht von Samstagabend war der klare Beweis für die grosse Bedeutung dieser ersten Niederlage Adenauers auf einem CDU-Parteitag. Gegen seinen ausgesprochenen Willen und trotz aller Sperrminen, die den ganzen Samstag über und vor allem noch in der zweieinhalbstündigen Sondersitzung des Bundesparteiausschusses gelegt worden sind, hat er jetzt ein handfestes Stellvertreter-Gremium um sich, mit dem er rechnen muss. Adenauer liess in der Schlusspressekonferenz seine grossen Bedenken gegen den Vier-Stellvertreter-Beschluss deutlich erkennen, als er von der Zusicherung der rebellierenden CDU-Landesverbände Nordrhein und Westfalen sprach, dass das Vierer-Gremium keine neue, dem eigentlichen Parteivorstand übergeordnete Führungs-Zwischeninstanz werden solle. Welchen Wert das Stellvertreter-Kollegium bisher besessen haben muss, wurde aus der Bemerkung Adenauers erkenntlich, dass er als Vorsitzender mit seinen beiden Stellvertretern "keine politischen Verhandlungen" geführt habe. Dass das jetzt anders werden könnte, das ist sein Kummer.

Das zweite organisatorische Ergebnis ist der Umbau der CDU zu einer streng zentralisierten Bundespartei. Der Einzug der hauptamtlichen Parteigeschäftsführer in die Spitzengremien und das betonte Hervortreten des Hauptgeschäftsführers Dr. Heck auf dem Parteitag selbst zeigen den Weg, den die CDU gehen will, um die offen ausgesprochenen organisatorischen Mängel auszugleichen, bevor man sich in die Ent-

scheidungschlacht des Bundestagswahlkampfes 1957 begibt. Wer sich daran erinnert, wie höhnisch gerade die CDU bisher immer von dem "Apparat" und den "Funktionären" anderer Parteien sprach, dem wird die in den Stuttgarter "Apparat"-Beschlüssen der CDU liegende Ironie augenfällig werden.

Beiden organisatorischen Neuerungen ist aber der Hintergrund gemeinsam, der in allen, in erster Linie den politischen Äusserungen und Beschlüssen klar erkennbar wurde: die CDU ist sich selbst ihrer reinen Defensiv-Position schmerzhaft bewusst geworden. Sie hat sich auch bereit, in dieser Verteidigungsstellung eingerichtet und konzentriert jetzt bereits alle verfügbaren Kräfte, um die seit 1949 gewonnenen Positionen in Bund und Ländern wenigstens zu halten.

In Stuttgart wurde anklagend von dem "Ring der Isolierung und des eiskalten Hasses" gesprochen, der sich da um die Kanzlerpartei gelegt habe. Diesen Ring will man sprengen, um 1957 nicht völlig isoliert zu werden. Dabei hat man die Hauptangriffsrichtung auch schon festgelegt: die "Dehlersche" FDP. Dieser Weg- und Regierungspartner der ersten neun Jahre der Bundesrepublik ist für die CDU heute die Verkörperung des Nationalismus der ewig gestrigen Kräfte und aller schlechten politischen Eigenschaften geworden. Dass man daneben bemüht war, die Angriffe gegen die SPD sozusagen im "normalen und üblichen Rahmen" zu belassen, war offensichtlich. Die Parteitage-Beobachter nahmen augenzwinkernd zur Kenntnis, dass der "alphabetische Stellvertreter Nr. zwei", Dr. Gerstenmaier, bei seinem Versuch, die "legitime Autorität" der Staatsspitze gegen "den Anschlag von Würzburg" zu verteidigen, sehr bewusst so formulierte: "Ob der Träger dieser Autorität Heuss, Adenauer oder Ollenhauer heisst". Beim BHE sah der Kanzler noch genügend "positive Kräfte" und die Blüchersche Freie Volkspartei wurde sogar gelobt. Von der Deutschen Partei brauchte wohl nicht erst gesprochen zu werden.

Bezeichnend für die Situation war die Tatsache, dass die eigentlichen politischen Probleme insgesamt ein wenig in den Hintergrund gerieten, zumindest gingen die Beschlüsse auf wirtschaftlichem, finanziellen und sozialpolitischem Gebiet über das zu Erwartende nicht hinaus. Der Parteitag, der doch der "Parteitag der Sozialreform" werden sollte -3-

hat gerade auf diesem Sektor gezeigt, dass die CDU, wie Bundesarbeitsminister Storch so bemerkenswert offen bekannt hat, hier erst jetzt "an den Start" gegangen ist und sich, anderthalb Jahre vor den Bundestagswahlen, anschickt, aus den Regierungserklärungen "Taten" werden zu lassen.

Eine herbe Enttäuschung, auch für eine sehr grosse Zahl der Delegierten selbst, brachten die Stellungnahmen und Entschliessungen zur Aussenpolitik. Es bedurfte gar nicht der Attacke des Berliner Abgeordnete Prof. Friedensburg, um klar zu machen, dass sich die Kanzler-Linie der CDU vor allem in der Frage der Wiedervereinigung in einer Sackgasse der Erfolglosigkeit verrannt hat und dass sich hier, in diesem lebenswichtigen Punkt der deutschen Politik, die Kanzler-CDU im absoluten Stillstand befindet. Das Tagungsprogramm bewies die Absicht der CDU-Führung, das für sie so heisse Problem der Wiedervereinigung weitgehend auszuklammern und auf die Position des forcierten Abwehrkampfes gegen den Kommunismus auszuweichen. Brentano und Kiesinger hatten nichts anderes zu bieten, als das am laufenden Band wiederholte Bekenntnis zur Atlantischen Gemeinschaft, zu den Verträgen und zur europäischen Integration sowie die Aufforderung zu Geduld und zum Warten. Die von Staatssekretär a.D. Lenz vorgelegte Schlussresolution zur Aussenpolitik ist denn auch an Dürftigkeit schwerlich zu überbieten. Alles in allem: die CDU weiss in der Frage der Wiedervereinigung nicht weiter, sie bleibt bei der Linie der Aufrüstung und sie konzentriert ihre Bemühungen auf die Herstellung der europäischen Einigung "zunächst bis zur Elbe". Man klammert sich einfach an die Hoffnung, die Sowjetunion werde eines Tages erkennen, dass für sie die Zustimmung zur Wiedervereinigung eben doch die bessere Lösung sei. Das ist die ganze Politik in dieser Frage.

So bleibt vielleicht zum Schluss nur die Zitierung des Ausspruchs eines CDU-Mannes "aus dem Volke", der im Sozialpolitischen Arbeitskreis seufzend erklärte: "Mir glaubt doch keiner mehr, wenn ich von der CDU komme!" Da diese Feststellung aus dem Kreis der Stuttgarter CDU-Delegierten selbst kam, wird man sie sicher wiederholen dürfen, ohne sich den Vorwurf des "eiskalten Hasses" zuzuziehen.

* * *

*

- 4 -

M. Hophouet-Boigny - Prediger in der Wüste

b.v-Paris

Niemand kann den Franzosen vorwerfen, sie hätten Rassevorurteile. Vielen Regierungen gehörten "farbige" Minister oder Staatssekretäre an. Der immer wiedergewählte Präsident des Senats, Gaston Monnerville, ist ein Farbiger. Der jetzigen Regierung gehören ein Neger von der Elfenbeinküste als Minister und ein anderer dunkler Herr als Staatssekretär an. Alles dies aber ändert nichts daran, dass Frankreich Kolonien im schwarzen Afrika besitzt, die nichts anderes sind als eben Kolonien, dh. Überseegebiete, die im Sinne des "Kolonialismus" verwaltet werden, dessen Ideal die Beschaffung billiger Rohstoffe durch billige Arbeitskräfte auf der einen Seite, und der Absatz von Fertigware auf der anderen ist. Einer der jetzigen "schwarzen" Minister, Hophouet-Boigny, der dem Ministerpräsidium zugeweiht ist, versucht mit allen Mitteln der Überredung, seinen weissen Landsleuten klarzumachen, dass diese Auffassung dem Zeitgeist widerspricht und zum Verlust der in Frage kommenden Gebiete führt.

Eigenes Staatsgebiet "Sahara"

Es wäre völlig abwegig, zu behaupten, alle Kapitalisten verschlossen sich seinen Argumenten. Es gibt Leute, die der Meinung sind, man müsse in den Kolonien wirklich "kolonialisatorische" Arbeit leisten, sie industrialisieren, den Bildungsstand heben und den Ländern Selbstverwaltung bescheren, sobald dies möglich ist. Die dies glauben, bilden jedoch keinesfalls die Mehrheit. Herr Hophouet-Boigny sieht aber auch in anderer Hinsicht klarer als mancher der Herren, an die er sich wendet, denn er ist auch der Bearbeiter des Planes, aus der Wüste Sahara, soweit sie französisch kontrolliert ist, ein eigenes Staatsgebiet zu formen.

In all' den Jahren, als Marokko und Tunesien französische Protektorate waren, also bis vor wenigen Monaten, schien es niemandem so wichtig, haargenau die Grenzen abzustecken, die zwischen diesen beiden Staatsgebieten und der Wüste bestehen sollten. Jetzt sind die beiden Staaten unabhängig, und niemand kann voraussagen, ob nicht auch das dritte nordafrikanische Gebiet, Algerien, in nicht zu ferner Zukunft aufhören wird, als direkter Bestandteil Frankreichs zu gelten. Der südliche Teil Algeriens aber geht in die Sahara über und ist seinem ganzen Charakter nach von den nördlichen Departements verschieden. Nicht nur klimatisch und landschaftlich etwa, sondern sehr wahrscheinlich auch hinsichtlich dessen, was sein Boden bergen mag, ob Öl oder gewisse sehr gesuchte Erze.

Nun steht der "kleine Mann" in Frankreich vor einem seltsamen Dilemma. Er hat sich daran gewöhnt, dass Frankreich ein Land mit grossen Überseebesitzungen ist. Er hat gelernt, darin einen Ausdruck der Macht und Stärke zu sehen, ja auch des nationalen Reichtums, eine Reserve sozusagen für schlechte Zeiten. Andererseits weiss er sehr genau, dass beinahe alle diese Überseegebiete Zuschüsse erfordern, also den Steuerzahler belasten und nur denjenigen Vorteile bringen, die an billigen Rohstoffen und billigen Arbeitskräften Interesse haben. Der "kleine Mann" möchte die Kolonien nicht missen, aber er möchte auch nicht, dass sie Zuschussgebiete bleiben.

Herr Hophouet-Boigny nun belehrt diesen "kleinen Mann", dass - 5 -

30.4.1956

zwar seine politische Sehnsucht auf die Dauer unerfüllbar werden wird, dem materiellen Wunsche aber Rechnung getragen werden kann: Wenn diese Länder - so ungefähr sagt er - entwickelt werden, kann Frankreich damit rechnen, dass sie, selbst wenn aus der Autonomie einmal Unabhängigkeit wird, ihm erhalten bleiben - so wie Kanada oder Australien erhalten blieben. Leider jedoch gibt es zuviele Menschen, die trotz aller Belehrungen und trotz aller Schläge, die sie einstecken müssen, auf dem Standpunkt beharren, ein vernünftiger Mensch gebe nicht freiwillig her, was er als sein eigen ansieht. Sie geben es erst her, wenn es ihnen gewalttätig aus der Hand geschlagen wird, und sind dann ernstlich böse auf die Übeltäter, die so unsanft mit ihnen umspringen.

Bleiben die Blinden blind?

Daher erwecken Leute wie der Minister Hopkouet-Boigny immer wieder den Eindruck von Predigern in der Wüste, obwohl das, was sie vorschlagen, nicht nur vernünftig ist, sondern dem Wunsche nach echter und dauernder Zusammenarbeit entspricht, ja, obwohl es sogar ausgesprochen kapitalistischen Indeeengängen weit entgegenkommt. Die Lehrbeispiele, die in Burma und auf Ceylon erst in jüngster Zeit den Engländern geliefert wurden, und der blutige Kampf, den Frankreich in Algerien führt - von dem, was Indochina an den Kommunismus verloren wurde, ganz zu schweigen - reichen anscheinend nicht aus, um aus Blinden Sehende zu machen. Die Bemühungen zwar werden fortgesetzt; das vorläufige Ergebnis aber lässt skeptisch werden.

* * *

Bonner Wiedervereinigungs-Praxis

E.2., Berlin

Die 1300 "Ostabiturienten" in Westberlin, die sich in diesen Monaten bis zum Sommer auf ihr westliches Nachabitur vorbereiten, haben die zuständigen Stellen der Bundesregierung in die Lage versetzt, ihre Hilfsbereitschaft gegenüber der Bevölkerung der Zone zu beweisen. Aber die Bonner Stellen liessen die Chance aus. Die Zahl derjenigen, die nach Westberlin kommen, um hier nach Ablegung des westlichen Nachabiturs das Studium aufzunehmen, ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Wenn aber schon die jetzige Zahl von 1300 die Westberlin zur Verfügung stehenden Geldmittel für die Unterstützung dieser Jugendlichen praktisch erschöpft hat wie soll es erst werden, wenn die Zahl im Herbst dieses Jahres auf rund 3000 hochschnellen wird? So viele Ostabiturienten haben sich nämlich bereits angemeldet.

Der Berliner Senat hat bei den zuständigen Stellen der Bundesrepublik einen Vorstoss unternommen, um diesen Zonenjugendlichen zu helfen. Die Tatsache, dass die Aufnahmekapazität der Westberliner Universität und Technischen Hochschule, aber auch die Stipendienmittel für die Ostabiturienten und -Studenten begrenzt sind, führte zu dem Vorschlag, -6-

auch die Bundesländern könnten einem Teil der Ostabiturienten unter den gleichen Bedingungen, wie sie in Westberlin bestehen, Aufnahme und damit eine Startmöglichkeit für das Studium gewähren.

Währungsstipendien abgelehnt

So schlug man vor, den Ostabiturienten und Oststudenten in den Bundesländern genau so wie in Westberlin eine befristete Zuzugsgenehmigung zu geben und ihnen ein monatliches Währungsstipendium von 110.-- DM zur Verfügung zu stellen. Die Westberliner Vorschläge wurden jedoch abgelehnt, und zwar mit dem Einweis, dass diese Jugendlichen ja durch das Bundesnotaufnahmeverfahren gehen könnten, wodurch sie den endgültigen Zuzug nach dem Westen erhalten würden. Die Anerkennung als Flüchtling, die sogenannte Bundesnotaufnahme, ist aber keine Garantie dafür, dass diese Oststudenten sozial gesichert sind. Als jugendliche Flüchtlinge erhalten sie aber in Westdeutschland nur für die Dauer eines Jahres die sog. "Eingliederungshilfe" in einer monatlichen Höhe von 150.-- DM. Das reicht natürlich für das Studium nicht aus. Das Währungsstipendium, das in Westberlin an die Oststudenten gezahlt wird, könnte nach Ansicht des Westberliner Senats auch in der Bundesrepublik als echte Solidaritätshilfe für die Bevölkerung der Zone Anwendung finden. In Bonn aber erklärte man an massgebender Stelle, man sei nicht bereit, das in Westberlin gültige "sozialdemokratische Studienhonorar" auch in die Bundesrepublik zu übernehmen.

Hinzu kommt eine weitere unverständliche Massnahme: Da der Bund für den Fall, dass die Jugendlichen das BNA (Bundesnotaufnahme-Verfahren) durchlaufen, für das erste Jahr die "Eingliederungsbeihilfe" von 150.-- DM pro Monat lt. Gesetz zur Verfügung stellen müsste, schlug Westberlin vor, diese Hilfe den in Berlin studierenden Ostzonen-Jugendlichen auch dann zu gewähren, wenn sie, wie bisher, die Formalitäten des Bundesnotaufnahmeverfahrens nicht über sich ergehen lassen, sondern sich mit befristeter Zuzugsgenehmigung in Westberlin aufhalten. Auf diese Weise könnte Westberlin seinen Fonds für Währungsstipendien schonen und wäre in die Lage versetzt, einer grösseren Zahl von Ostabiturienten und Studenten zu helfen. Bundesfinanzminister Schäffer hat auch diesen Wunsch Berlins, dessen Erfüllung keine Mehrbelastung für den Bund bedeuten würde, kategorisch abgelehnt.

Man fragt sich: Wird Bonn gegen seine gesamtdeutsche Verpflichtung weiter taube Ohren behalten? Für Westberlin würde sich dann die - 7 -

Zwangslage ergeben, entweder einen grossen Teil der bereits für den Herbst angemeldeten 3000 Ostabiturienten abzuweisen, oder aber über das Bundesnotaufnahmeverfahren nach Westdeutschland zu schicken, wo sie für ein Jahr durch die "Eingliederungsbeihilfe" finanziell gesichert, danach aber einem ungewissen Schicksal ausgeliefert wären - wenn sich die Bundesländer nicht doch noch bereit erklären, nach dem Westberliner Beispiel für Oststudenten das Währungsstipendium einzuführen.

* * *

Isolator oder Verbindungsstück?

sp. Soll die Bundesrepublik genau auf dem gleichen aussenpolitischen Gleis weiterfahren, wie in den letzten Jahren, oder soll sie ihre Vorstellungen gewissen Korrekturen unterziehen, deren Notwendigkeit sich aus einer veränderten Gesamtsituation ergibt? Diese Frage ist und bleibt gestellt. Der Bundeskanzler hat sich in Stuttgart ohne Vorbehalt zu seiner bisherigen Politik bekannt.

Das Kernstück der Begründung für diese Einstellung ist die Ansicht, in der Sowjetunion habe sich seit dem leiblichen und später dem politischen Begräbnis Stalins absolut nichts geändert. (Selbst wenn das stimmt würde das Beharren auf der bisherigen Politik mit dieser Begründung bedeuten, dass sie wenigstens zu Stalins Zeit erfolgreich war, wofür ja auch noch jeder Beweis fehlt).

Von der deutschen Frage abgesehen, die in London nicht auf der Tagesordnung stand, ist das Gespräch zwischen den britischen und den sowjetischen Politikern durchaus nicht so negativ verlaufen, wie Kanzler und Auswärtiges Amt es hinstellen. Eden selbst hat erklärt, die Aussprache habe ein grösseres Mass von Übereinstimmung ergeben, als er bei seiner Einladung seinerzeit erwartet habe. Die Folge sei, "dass die Welt sich jetzt sicherer fühlen darf."

Und der "Observer" berichtet, niemand habe die britisch-russischen Gespräche "mit mehr Interesse und Kenntnis" verfolgt, als der westdeutsche Botschafter in London, v. Herwarth. Das Blatt erinnert an die Zeit Herwarth's unter dem Botschafter Graf Schulenburg in Moskau und Herwarth's seitdem nie erlahmtes Interesse an den Vorgängen und Entwicklungen in Russland. Das Blatt nennt ihn einen Experten und sagt, er sei zu der Überzeugung gekommen, dass Bulganin und Chruschtschow durchaus den ernstesten Willen hätten, zur Milderung der Ost-West-Spannungen beizutragen.

Es ergibt sich die andere Frage, wie lange das amtliche Bonn sich in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation eine solche Dogmenstarre leisten kann, die sie nach allen Seiten isolieren muss, wo es für sie vor allem darauf ankäme, Verbindungsstück und Brücke zu sein?

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau